

**HT 2018: The Global Knowledge of Divided Societies. The Measurement of Economic Inequality in Europe and the World since 1945**

**Veranstalter:** Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)  
**Datum, Ort:** 25.09.2018–28.09.2018, Münster  
**Bericht von:** Ronny Grundig, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Auf einem Historikertag zum Thema „Gesplante Gesellschaften“ liegt eine Sektion zur ökonomischen Ungleichheit nahe und verspricht zugleich Neues. Zwar stellt die zunehmende Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung in westlichen Gesellschaften seit etwa dreißig Jahren eine Konstante des öffentlichen Diskurses dar. Die bisherigen Deutungsangebote für diese wie auch für die Gesamtentwicklung über das 20. Jahrhundert stammen bisher jedoch vor allem von Wirtschaftswissenschaftlern wie etwa Branko Milanovic<sup>1</sup> oder Thomas Piketty<sup>2</sup>. Doch nicht nur bei der retrospektiven Bewertung geben Wirtschaftswissenschaftler bisher den Ton an, sie generierten zeitgenössisch mittels statistischer Methoden auch die Daten über ökonomische Ungleichheitsverhältnisse. Ziel der Sektion war es, so CHRISTOPH LORKE (Münster) und FELIX RÖMER (London), den Konstruktionscharakter des statistischen Wissens zu ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen stärker herauszuarbeiten, statt die durch Statistiker produzierten Daten als bloße Fakten zu sehen. Dabei dürfe statistische Wissensproduktion nicht nur als Einbahnstraße gedacht werden, so Römer und Lorke in ihrer Einführung. Stattdessen müsse transparent gemacht werden, wie sich vorhandenes Wissen über gesellschaftliche Entwicklungen und die Generierung neuen Wissens über statistische Methoden gegenseitig beeinflussten.

MARIA BACH (Paris) zeigte anhand des United Nations Development Programme (UNDP) auf, dass die politische Neuausrichtung dieses Entwicklungshilfeprogramms einen Wandel der statistischen Methoden vorantreibt, der letztlich zu differenzierteren Daten über Armut auf internationaler Ebene führte. Eine grundlegende Veränderung ha-

be es laut Bach Ende der 1980er-Jahre gegeben, die innerhalb des UNDP als verlorenes Jahrzehnt in der Entwicklungshilfe gesehen wurden. Am Ende dieser Dekade sei volkswirtschaftliches Wachstum als zentraler Fortschrittsindikator durch human development abgelöst worden, das mittels des 1990 eingeführten Human Development Index (HDI) gemessen wurde. In drei Bereichen – Lebenserwartung, Bildungsgrad und Lebensstandard – wurden fortan auf nationalem Level Daten erhoben, um mittels nationaler Durchschnittswerte einerseits eine Vergleichbarkeit zwischen Ländern zu ermöglichen und andererseits die Fortschritte einzelner Länder im Zeitverlauf sichtbar zu machen.

Im Verlauf der 1990er-Jahre habe sich der Schwerpunkt abermals verschoben, nun hin zur Betrachtung von Armut, so Bach. Zwangsläufig änderten sich hierdurch auch die statistischen Methoden, da sich anhand von Durchschnittswerten keine Aussagen über Randgruppen treffen ließen. Beim 1997 eingeführten Human Poverty Index (HPI) sollten die reale Armutsverhältnisse besser sichtbar gemacht werden und mit einer physical poverty line ein klarer Gegenpol zur monetary poverty line der Weltbank geschaffen werden, da letztere implizierte, dass eine universell geltende Armutsgrenze allein auf Basis des verfügbaren Einkommens aussagekräftig sei. Im Jahr 2010 wurde der HPI durch den Multidimensional Poverty Index ersetzt. Durch die nunmehr eingeführten zehn Indikatoren, sei es möglich gewesen, in den drei Untersuchungsbereichen differenziertere Aussagen über Armut zu treffen und gleichzeitig auch Dynamiken innerhalb der Gruppe der Armen sichtbar zu machen. Diese mehrere Dekaden andauernde Verschiebung innerhalb des UNDP sei keine Folge der genutzten statistischen Messmethoden gewesen, so Bach abschließend, sondern das Produkt eines politischen Aushandlungsprozesses. Denn es sei deutlich einfacher gewesen, die zahlreichen Mitgliedstaaten des UNDP in Fragen der Armutsbekämpfung zu einen als zu bestimmten Fragen der Entwicklungshilfe.

---

<sup>1</sup> Branko Milanovic, Haben und Nicht-Haben. Eine kurze Geschichte der Ungleichheit, Darmstadt 2017.

<sup>2</sup> Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.

---

FELIX RÖMER (London) beleuchtete die nationalstaatliche Wissensproduktion zu ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen am Beispiel Großbritanniens. Die Produktion und Verbreitung von Wissen über Ungleichheit sei in Großbritannien, so Römers Eingangsbefund, weniger durch akademische Wissensproduktion, sondern vielmehr durch politische Prozesse und sich verändernde Machtkonstellationen im Staatsapparat geprägt worden. Für die Zeit vom Zweiten Weltkrieg bis zu den frühen 1990er-Jahren ließen sich drei verschiedene Wissensregime herausarbeiten. Zwischen 1945 und 1965 war Großbritannien Vorreiter bei der Produktion von Wissen über Ungleichheitsverhältnisse. Die Wissensproduktion sei stark an staatliche Institutionen gebunden gewesen, während nur ein geringes Interesse in den Medien gegeben habe, über ökonomische Ungleichheiten zu berichten. Auch auf internationaler Ebene habe es keinerlei vergleichbare Kenn- oder Messzahlen über die Relationen ökonomischer Ungleichheit gegeben. Im Verlauf der 1960er-Jahre habe sich außerhalb der staatlichen Wissensproduktion eine Allianz aus einer kleinen Zahl von Experten und einigen NGOs gebildet, die die Aussagekraft der staatlichen Statistiken öffentlichkeitswirksam in Zweifel gezogen hatten.

Auch aufgrund des wachsenden öffentlichen Drucks müsse man für die Zeit von 1969 bis 1979 von einer Transformationsphase des Wissensregimes sprechen, so Römer. Zwar hätten technische Innovationen wie die Computertechnik neue Möglichkeiten eröffnet, die Folgen politischer Entscheidungen zu modellieren und so etwa Folgewirkungen hinsichtlich der Verteilungswirkung abzuschätzen. Allerdings seien diese neuen Möglichkeiten letztlich nicht als Teil progressiver Politik eingesetzt worden, sondern zumeist defensiv, um bestimmte Politikentscheidungen nachträglich zu legitimieren und weitere Veränderungen abzuwehren. Zudem seien Versuche, statistisches Wissen aufzubauen, häufig blockiert worden. So habe der der Civil Service Mitte der 1970er-Jahre mehrfach Pläne der Royal Commission of the Distribution of Income and Wealth (RCDIW) verhindert, eine wealth survey durchzuführen, um Wissen über die Vermögensverteilung zu ge-

nerieren. Letztendlich wurde dieses Vorhaben erst im 21. Jahrhundert umgesetzt. Und auch in internationaler Perspektive habe sich die Rolle Großbritanniens deutlich verändert, so Römer. Aus dem einstigen Vorreiter der Wissensproduktion sei ein Blockierer geworden. Großbritannien habe sich gegen die Etablierung international vergleichbarer Daten zur Einkommensentwicklung und -verteilung positioniert, da befürchtet wurde, dass diese neuen Daten oppositionellen Lobbygruppen im Inland helfen würden.

Von 1979 bis in die 1990er-Jahre müsse, so Römer, von einem vorsätzlichen Rückbau der Wissensproduktion über Ungleichheit gesprochen werden, der durch die Zusammenarbeit der Thatcher-Regierung und des Civil Service umgesetzt wurde. Das statistische Berichtswesen sei eingeschränkt und Statistiken zurückgehalten worden, so dass sie erst nach Wahlen erschienen, und auch in die Wissensproduktion seien politische Eingriffe erfolgt. Damit habe die Armutsdebatte von einem relativer Armutsbegriff hinzu einem absoluten Armutsbegriff gelenkt werden sollen, so Römer. Hierfür habe die Regierung die Low Income Families Tables abgeschafft und durch den Index Households Below Average Income ersetzt, da letzteres Instrument den vermeintlichen Beweis geliefert habe, dass die Einkommen gestiegen seien. Die Regierung habe sich fortan immer auf diese Ergebnisse des Index berufen, um den Erfolg ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu behaupten, obwohl jedoch eine interne Analyse gezeigt hatte, dass die Aussagekraft des Index Households Below Average Income aufgrund methodischer Probleme grundsätzlich zweifelhaft war. Dieser Befund sei der Öffentlichkeit jedoch vorenthalten worden.

POORNIMA PAIDIPATY (Cambridge) sprach über die Messung ökonomischer Ungleichheit in Indien von den 1880er- bis 1960er-Jahren. Bis 1945 sei dort vor allem die ökonomische (Fehl-)Entwicklung Indiens aufgrund der der britischen Kolonialherrschaft diskutiert worden. Dabei habe das 1901 Buch „Poverty and the Un-British Rule in India“ von Dadabhai Naoroji eine große Rolle gespielt, da es Aufmerksamkeit für den Vermögensabfluss von Indien nach Großbritannien erzeugt habe. Naoroji hatte dieser

das durchschnittlichen Einkommen eines Inders errechnet und war zu dem Schluss gekommen, dass Indien das ärmste Land der zivilisierten Welt war und zudem die gesamte Produktionsleistung Indiens nicht ausreichte, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Seine Thesen, so Paidipaty, seien in den 1930er- und 1940er-Jahren ein wichtiger Bezugspunkt für unterschiedliche nationalistische Akteure gewesen. Diese hatten unterschiedliche Konzepte für die Zeit nach einer indischen Unabhängigkeit erarbeitet, die es möglich machen sollten, die ökonomischen Folgen der kolonialen Wirtschaftspolitik zu überwinden. Der Bezug zur Einkommensverteilung habe dabei eine große Rolle gespielt. Besonders in den 1940er-Jahren seien auch reiche Industriefamilien, etwa die Tatas (Stahl), bereit gewesen, Zugeständnisse bei der Bekämpfung der Ungleichheit zu machen, da sie eine Sozialisierung der Industrie nach sowjetischem Vorbild fürchteten hätten.

Nach der Unabhängigkeit, so Paidipaty, habe die Beschäftigung mit ökonomischer Ungleichheit schnell an Bedeutung verloren. Volkswirtschaftliches Wachstum sei stattdessen zur wichtigen Bezugsgröße der Entwicklung des neuen Staates Indien geworden. Durch den politischen Wunsch, den Effekt von Investitionen zur Modernisierung und Industrialisierung des Landes zu messen, sei ökonomische Ungleichheit jedoch wieder in den Blick geraten. Da es Statistikern nicht möglich gewesen sei, für die notwendigen Berechnungen auf Steuerdaten zurückgreifen zu können, wurde die National Sample Survey konzipiert, die fortan periodisch erhoben wurde. Mit Hilfe dieser neuen Messmethode habe sich zeigen lassen, dass das Wirtschaftswachstum innerhalb des ersten Jahrzehnts nach der Unabhängigkeit 1947 stark ungleich verteilt gewesen war. Einzelne Gruppen und Regionen seien kaum vom Wachstum erfasst. Bei der Erhebung und Konzeption habe es jedoch auch einige Probleme gegeben, etwa bezüglich bestimmter normativer Vorannahmen, die dem Forschungsdesign zugrunde lagen, so Paidipaty abschließend. Diese seien jedoch nur unzureichend aufgearbeitet worden, da die Evaluation der National Sample Survey von der gleichen kleinen Experten-Gruppe durchgeführt wurde, die die Survey

konzipiert und durchgeführt hatte. Ungeachtet dieser Probleme sei die National Sample Survey zum Vorbild für viele ähnliche Projekte in anderen dekolonialisierten Staaten geworden.

CHRISTOPH LORKE (MÜNSTER) betrachtete den Umgang mit Wissen über ökonomische Ungleichheit in der DDR und damit innerhalb einer Gesellschaftsordnung, die ihre Legitimation aus der Überwindung sozialer Unterschiede herleitete. Die beiden Pole ökonomischer Ungleichheit, Armut und Reichtum, seien in der DDR tabuisiert gewesen so Lorke. Daher habe es bis in die 1960er-Jahre auch keine statistischen Studien gegeben, die Aufschluss über Einkommens- oder Vermögensverteilungen in der DDR-Gesellschaft hätten geben können. In den 1960er-Jahren sei es dann zu einer „Entdeckung“ von ungleichen Einkommensstrukturen durch statistische Untersuchungen gekommen. Obwohl die Ergebnisse der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht wurden, habe die SED-Führung als direkte Konsequenz die Renten als auch der Mindestlohn angehoben und zudem ein Institut gegründet, das sich mit der Erforschung des Lebensstandards befassen sollte.

In den 1970er-Jahren habe dann eine intensivere Beschäftigung mit der Ungleichheit der Konsummöglichkeiten stattgefunden, so Lorke. Für die bessere Messbarkeit des Konsumverhaltens wurde ein „Warenkorb“-Modell eingeführt, mit dem der typische Konsum eines Haushalts nachgebildet werden sollte. Insgesamt seien die Durchschnittslöhne zwischen Mitte der 1960er- und 1970er-Jahre gestiegen, allerdings habe die Geldentwertung dies teilweise wieder egalisiert und besonders kinderreiche Familien hätten nur mit Abstrichen am Konsum teilhaben können. Seit den späten 1970er-Jahren habe sich, so Lorke, in der SED-Führung Skepsis ausgebreitet, ob die bestehenden sozialen Ungleichheitsverhältnisse überwunden werden könnten. Da die bisherigen Maßnahmen ohne Erfolg geblieben waren, habe es eine Anpassung der eigenen Vorstellungen hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit gegeben. Fortan sei nicht mehr die Überwindung der Klassenunterschiede das Ziel gewesen, sondern es sei nur noch eine Annäherung der Klassen angestrebt wor-

---

den, so Lorke. Zudem seien gesellschaftliche Fehlentwicklungen stärker dem individuellen Fehlverhalten zugeschrieben worden. So wurde etwa argumentiert, gesellschaftlichen Randgruppen hätten ihre schwierige Lage selbst verschuldet, etwa durch promiskuitiven Lebenswandel oder falsche Konsumentscheidungen. Darüberhinaus sei die statistischen Erforschung sozialer Verhältnisse stärker an der „Normalfamilie“ ausgerichtet worden, so Lorke abschließend, da hierdurch unerwünschte Entwicklungen an den Rändern der Gesellschaft ausgeblendet werden konnten.

In seinem Kommentar mahnte TIM SCHANETZKY (Jena) einige Bereiche an, die bei einer wissenschaftlichen Betrachtung noch größerer Beachtung bedürften. Er riet, stärker die einzelnen Akteure zu betrachten, etwa wenn bestimmte Messmethoden etabliert wurden, denn auch Statistiker seien nicht nur für die Bereitstellung von Wissen da, sondern könnten auch eine politische Agenda verfolgt haben. Auch bei der politischen Verwertung des produzierte Wissens müsse daher genauer auf einzelne Personen geschaut werden, so Schanetzky. Zudem riet er, die Wissensproduktion und ihre Ergebnisse stärker innerhalb der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu kontextualisieren. Dabei müsse nicht nur stärker als bisher die jeweilige Gesellschaftsform beachtet werden, sondern auch die Rolle der Globalisierung und damit auch eine möglichen Globalisierung des Wissens über soziale Ungleichheit. Abschließend verwies Schanetzky auf die starke Fokussierung der Vorträge auf Einkommen als zentrale Kenngröße für ökonomische Ungleichheit. Gerade neuere wirtschaftswissenschaftliche Forschungen diskutieren wieder verstärkt die Rolle des Kapitals für ökonomische Ungleichheitsverhältnisse, so dass es ihm lohnenswert erschien, die Bedeutung von Vermögen stärker in die Betrachtung einzubeziehen.

Die einzelnen Vorträge der Sektion haben die vielschichtigen Wechselbeziehungen bei der Produktion und Verbreitung des Wissens zu ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen überzeugend herausgearbeitet. Der vorgestellte wissenschaftliche Ansatz dürfte scheinbare Gewissheiten über ökonomische Ungleichheit in einzelnen Gesellschaften aber

auch in internationalen Vergleichsperspektiven in Frage stellen und unser Verständnis der Geschichte sozialer Ungleichheit damit entscheidend erweitern.

#### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Christoph Lorke (Münster) / Felix Römer (London)

Simone Lässig (Washington): Moderation

Maria Bach (Paris): Measuring Difference? The United Nations' Shift to Measuring Inequalities not Averages

Felix Römer (London): The Politics of Measurement: Inequality Knowledge in Great Britain and the Western World

Poornima Paidipaty (Cambridge): Disparities and Decolonisation: Statistical Thinking and the Measurement of Inequality in Nehruvian India

Christoph Lorke (Münster): Beyond Egalitarianism: Statistical Knowledge and Social Inequality in the GDR

Tim Schanetzky (Jena): Commentary

Tagungsbericht *HT 2018: The Global Knowledge of Divided Societies. The Measurement of Economic Inequality in Europe and the World since 1945.* 25.09.2018–28.09.2018, Münster, in: *H-Soz-Kult* 30.11.2018.